



**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**



Foto: antiant

Land und Entwicklung

Die Wiederentdeckung des ländlichen Raumes in der Entwicklungszusammenarbeit

Von Einhard Schmidt-Kallert

Die Welt wird urban. Wir leben im Zeitalter der Städte und Megastädte. Das lesen wir seit 2007, seit statistisch betrachtet mehr als die Hälfte der Menschheit in städtischen Siedlungen lebt, in den Medien und in den Strategiepapieren von Regierungen und internationalen Organisationen. Entwicklungszusammenarbeit, so wird dann folgerichtig gefordert, müsse sich mehr um städtische Armut kümmern.

Und was macht Bundesentwicklungsmi-

nist Gerd Müller im Jahr 2014? Er hebt eine Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ aus der Taufe und kündigt an, die Bundesrepublik werde ab sofort jährlich mindestens eine Milliarde Euro für ländliche Entwicklung und Welternährung zur Verfügung stellen. Ein Anachronismus? Eine Programmatik gegen den Trend?

Nun haben kritische Beobachter schon immer angemerkt, dass Entwicklungspolitik in Wellen verlaufe und Modetrends folge. Das lässt sich auch beim Thema ländliche Entwicklung verfolgen.

Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit waren seit ihren Anfängen nach dem 2. Weltkrieg mit ländlicher Entwicklung verknüpft, in Deutschland noch mehr als in anderen westlichen Ländern. Die erste deutsche Consultingfirma, die sich auf Aufgaben in Entwicklungsländern spezialisierte, die 1960 gegründete Essener Agrar- und Hydrotechnik, bot schwerpunktmäßig Beratung zur Verbesserung der Landwirtschaft an. Als 1975 die GTZ ihre Tätigkeit als Durchführungsorganisation des Bundes aufnahm,

→ weiter auf [Seite 3](#)



Foto: T. Winkelmann

Zweifelhafter Fortschritt

Landgrabbing in Äthiopien

→ [Seite 5](#)



Foto: Archiv MST

Wem gehört das Land?

Brasilien: Agroindustrie versus Kleinbauern

→ [Seite 6](#)



Foto: Dan Ratz

Vermessung der (Entwicklungs-)Welt

Ein Kommentar zu den Grenzen des Messens

→ [Seite 13](#)



Foto: Yunjie Liao/Pacific Press

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit der neolithischen Revolution – also seit dem Epochenwechsel der Menschen vom Entwicklungsstatus der Jäger und Sammler zu dem der Ackerbauern und Viehzüchter – wissen Bauern und Bäuerinnen: Sie sind diejenigen, die die Menschen ernähren. Sie stehen im Stoffwechsel der Menschen mit der Natur an der ersten Stelle. Ihre Produkte sind die erste Bedingung menschlicher und gesellschaftlicher Existenz. Die Überschüsse ihrer Arbeit sind die Voraussetzung der Arbeitsteilung und jeder weiteren gesellschaftlichen Entwicklung.

Zwar leben weltweit ungefähr seit 2007 zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Und hier in Deutschland stellen Landwirte nur noch einen niedrigen einstelligen Anteil an der Bevölkerung. Aber das ändert nichts. Der Umstand, dass ein so kleiner Teil der Bevölkerung den großen anderen Teil ernährt, ist Ausdruck ihrer erstaunlichen Leistung.

Vor diesem Hintergrund mag es verwunderlich sein, dass weltweit ein großer Teil der Armen auf dem Land lebt – „mit einem Anteil von vielerorts mehr als 70 Prozent“, wie die GIZ im September 2012 in ihrer Publikation „Armut und ländliche Räume“ feststellte. Die Gründe sind vielfältig: Bodenknappheit und Übernutzung der Böden, Klimawandel, Mangel an Wasser und Energie, fehlender Zugang zu Krediten, fehlender Marktzugang, zu niedrige Agrarpreise oder deren heftiges Schwanken, allgemeine Rechtsunsicherheit, besonders hinsichtlich der Eigentumsrechte am Boden, niedrige Bildung, fehlende Gesundheitsdienste, mangelnde poli-

tische Teilhabe und vieles mehr. „Ländliche Entwicklung“ war und ist – mit unterschiedlichen Konjunkturen – eines der großen Themen der Entwicklungspolitik.

Vom Klimawandel und den sonstigen planetaren Veränderungen durch den Menschen sind natürlich auch die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft dramatisch betroffen, und zwar überall. Landwirte – und besonders die Kleinbauern in den Ländern des globalen Südens – befinden sich meistens auf der Verliererseite des Spiels. Landwirte sind aber auch Mitverursacher dieser Veränderungen, und besonders diejenigen im globalen Norden. Bei uns muss man dabei unter anderem an die Treibhausgas-Emissionen in der Viehwirtschaft und die Stickstoff-Einträge in die Flächen denken, aber auch, dass unsere landwirtschaftlich geprägten Gebiete im Hinblick auf die Vielfalt der dort lebenden Arten weitgehend leergeräumt sind.

Die bäuerliche Landwirtschaft war der Schöpfer der europäischen Kulturlandschaften. Und die waren traditionell außerordentlich artenreich. Dieser Artenreichtum ist auf dem Land als Folge der Produktionsweise unserer Landwirtschaft verloren gegangen. Heute gibt es den größten Artenreichtum in den Siedlungsspeckgürteln der großen Städte. Das muss nicht so sein. Es ist möglich, gute landwirtschaftliche Produktivität mit der Erhaltung der Lebensräume der bei uns heimischen Arten zu verbinden. Und ich bin sehr dafür, dass die europäischen Gesellschaften diese Leistung der Landwirtschaft dann auch angemessen

materiell honorieren. Ich wünsche mir deshalb den weiteren Umbau des landwirtschaftlichen Subventionsregimes in Europa und in Deutschland in diesem Sinne.

Unsere Landwirtschaft ist schon lange in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden. Das ist an sich erst einmal nichts Schlechtes. Aber wenn eine der Voraussetzungen unserer übermäßigen Fleischproduktion das Eiweißfutter auf der Grundlage von Soja ist, das in Brasilien in gigantischen Monokulturen angebaut wird, und wenn dafür – zumindest teilweise – große Flächen des Amazonas-Urwaldes brandgerodet werden, dann bestehen gute Gründe, dies zu ändern. Das Gleiche gilt für das bei uns produzierte Geflügel. Es wird zu großen Teilen mit importiertem Futter produziert und oft unter Bedingungen, die mit Tierschutz nur schwer vereinbar sind. Und unser Markt nimmt dann überwiegend nur noch das Brustfleisch ab, während der Rest mit EU-Subventionen in großen Mengen nach Afrika transportiert wird und dort die lokale Produktion kaputt macht. Auch mit unserer landwirtschaftlichen Produktion tragen wir internationale Verantwortung.

All dies sind gute Gründe, weshalb wir der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung den Schwerpunkt dieser Ausgabe der Resultate gewidmet haben, auch wenn wir auf unserem begrenzten Raum nicht alle hier erwähnten Aspekte ausführlich behandeln können.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Eberhard Neugebohrn

Land und Entwicklung

→ Fortsetzung von Seite 1

hatte auch sie einen ganz klaren Schwerpunkt im ländlichen Raum. Es war wohl kein Zufall, dass anfangs die meisten leitenden Mitarbeiter einen Hintergrund als Agraringenieure hatten.

Die Anfänge: Sektorale Projekte

In den 60er- und frühen 70er-Jahren waren die meisten Vorhaben für den ländlichen Raum sektoral angelegt. Das waren Projekte zur Einführung von Hochertragssorten im Paket mit neuen Anbautechnologien vor allem in Monsoon-Asien („Grüne Revolution“), zur Einführung von Monokulturen mit Nahrungsmitteln oder Exportprodukten (wie Ölpalmlantagen in Malaysia und Indonesien) oder auch zu neuen Produktionsverfahren und Anbaufrüchten in dörflichen Strukturen. So wurden in Afrika vielerorts Bewässerungsanlagen zum Reisanbau errichtet. Viele dieser Projekte wurden von der GTZ, der KfW-Entwicklungsbank oder von regionalen Banken gefördert.

Mit Projekten dieses Typs verbunden war die Hoffnung, dass bessere Agrartechnologien schließlich die Lebenslage der Bevölkerung insgesamt verbessern würden – ganz im Sinne der Modernisierungstheorien, die damals die Debatte bestimmten. Doch die Erfahrung zeigte, dass viele der sektoralen, nur auf Produktion ausgerichteten Projekte zu kurz griffen. Andere Engpässe blieben bestehen, wie schlechte Verkehrsanbindungen, fehlender Marktzugang, Kapitalmangel. Typisch für jene Zeit waren auch Projekte, die bewusst nur mit den sogenannten fortschrittlichen Bauern arbeiteten, in der Hoffnung, dass sich angeregt durch ihre Erfolge die Innovation bald auf die Gesamtbevölkerung ausbreiten würde. Auch diese Hoffnung auf „trickle down“ erwies sich in vielen Fällen als trügerisch.

Der Weg zu „integrierten Projekten“

Die offensichtliche Unzulänglichkeit der sektoralen Projekte wurde zum Ausgangspunkt von integrierten Programmen, von Projekten der ländlichen Regionalentwicklung. Auf der theoretischen Ebene war dieser Projekttyp teilweise von John Friedmanns Ideen einer „agropolitanen Entwicklung“ im ländlichen Raum inspiriert. Für Friedmann stand die Stärkung interner Wirtschaftskreisläufe durch Aktivitäten von unten in einem territorial begrenzten Raum im Mittelpunkt.

Als hervorstechendes Kennzeichen dieses Ansatzes wird häufig zuerst die multisektorale Orientierung genannt. Vielleicht noch wichtiger ist aber das Menschenbild, das ihm zugrunde liegt. Sektorale Ansätze nehmen die Bewohner nur in einer bestimmten Rolle wahr: die Bauern als Produzenten von Nahrungsmitteln, die Passagiere eines Kleinbusses als Verkehrsteilnehmer, kranke Menschen als Patienten oder als Nutzer einer Gesundheitsstation. In Wahrheit kommt es darauf an, die Menschen in allen ihren Lebensäußerungen und Lebensbedürfnissen ernst zu nehmen. Dorfbewohner haben eine Reihe unterschiedlicher Bedürfnisse und Probleme. Die Menschen sind also der Ausgangspunkt. Wenn man sich daran orientiert, kommt man ganz schnell zu sektorübergreifenden Lösungsansätzen. Denn die Probleme der Bauern in Westafrika beispielsweise liegen nicht einfach in rückständiger Agrartechnologie, sondern in einer Vielzahl unterschiedlicher, miteinander verknüpfter Faktoren begründet.

Seit den späten 70er-Jahren wurden in vielen Ländern solche integrierten Projekte durchgeführt. Die GTZ entwickelte eine Variante mit dem Etikett „Ländliche Regionalentwicklung“, die Blaupause für groß angelegte Vorhaben in so unterschiedlichen Ländern wie Indonesien, Mali und Bolivien wurde.

Doch spätestens Mitte der 80er-Jahre trat Ernüchterung ein. Selbst die besonders umfassend geplanten und groß angelegten Projekte der „ländlichen Regionalentwicklung“ hatten nicht alle Erwartungen erfüllt. Da gab es Koordinationsprobleme, wenn Interventionen in verschiedenen Sektoren aufeinander abgestimmt werden mussten. Häufig scheiterten integrierte Projektansätze auch am Ressortegoismus der beteiligten einheimischen Behörden. Denn in sektorübergreifenden Vorhaben arbeitet man nicht nur mit einem Träger, sondern mit einer Vielzahl unterschiedlicher Institutionen zusammen. Viele Projekte erwiesen sich als zu schwerfällig und komplex, zum Teil entwickelten sie auch eine eigene Bürokratie. Zudem waren sie häufig zu detailliert durchgeplant. Am Anfang standen Potenzialanalyse und ein Regionalplan, anschließend wurden über Jahre hinweg in den als besonders wichtig erkannten Schlüsselsektoren Projektmaßnahmen durchgeführt. Der Operationsplan wurde „abgearbeitet“. Da war bisweilen wenig Raum für Flexibilität, für das Reagieren auf veränderte Rahmenbedingungen oder sich wandelnde Bedürfnisse in der Gesellschaft.

→ weiter auf Seite 4



Ein Viehmarkt in einem Vorort der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba

Foto: Ursula Düren

Land und Entwicklung

→ Fortsetzung von Seite 3

Neue Ansätze in den 90er-Jahren

Das Konzept der integrierten Projekte war in die Kritik geraten. Geber verabschiedeten sich von dem Ansatz. Sektorale Projekte hatten wieder Konjunktur. Weniger komplex, überschaubar, einfacher steuerbar, institutionell besser beherrschbar – so kennzeichnen Praktiker ihre Vorzüge. Keines dieser Argumente ist von der Hand zu weisen, und doch gewann der integrierte Ansatz in den 90er-Jahren erneut an Aktualität – wenngleich in veränderter Form.

Drei neue Herausforderungen rückten ins öffentliche Bewusstsein:

1. Unter dem Vorzeichen der Dezentralisierung wurden seit Anfang der 90er-Jahre in vielen Ländern Distrikte und Gemeinden vor die Aufgabe gestellt, die Entwicklung ihrer Region sektorübergreifend zu planen. Dies kann durch entsprechende Projekte gefördert werden.

2. Die Frage, ob Bauern rechtsgültige Titel für das Land hatten, das sie bewirtschafteten, war bis in die 80er-Jahre von allen Gebern sträflich vernachlässigt worden. Zu Recht wurde der geregelte Zugang zu Boden und sicheren Eigentumstiteln ein zweites Schlüsselthema der entwicklungspolitischen Debatte in den 90er-Jahren.

3. Spätestens seit der Rio-Konferenz 1992 übernehmen weltweit viele Akteure Verantwortung für die schonende und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

Die erste Herausforderung führte weltweit zu einer Vielzahl von Projekten zur Förderung von Dezentralisierung und „good governance“, die zweite zu großflächigen Landmanagement- und Katasterprojekten, die dritte zu neuartigen Vorhaben des Ressourcenmanagements.

... und heute

Ich habe die entwicklungspolitischen Moden erwähnt: Seit Mitte der 90er-Jahre wurden Projekte zur Institutionenförderung, zur Förderung von „good governance“ und zum Ressourcenmanagement so dominant, dass Projekte, die unmittelbar der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion dienten, bald ganz in den Hintergrund traten.

Doch in den letzten Jahren hat sich das Blatt wieder einmal gewendet. Seit die Welt im Jahre 2009 in die schlimmste Agrarkrise seit dem 2. Weltkrieg rutschte, die bis heute nicht vollständig überwunden ist, fordern NGOs, internationale Organisationen und Regierungen vieler Entwicklungsländer eine Neuorientierung der

Politik für den ländlichen Raum: Mehr Mittel für Landwirtschaft, mehr Agrarforschung, mehr Anstrengungen zur Steigerung der Produktion.

Die aktuellen Strategien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, insbesondere die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ sind eine Antwort auf diese neuen Herausforderungen. Kernelemente sind bessere Technologien für Kleinbauern, steigende Produktivität in der Landwirtschaft, Zugang zu Boden für alle im ländlichen Raum, die Kombination von Nahrungsmittelproduktion für die Selbstversorgung mit landwirtschaftlicher Marktproduktion, nichtlandwirtschaftlichen Einkommen und Wertschöpfungsketten „vom Acker bis zum Teller“. Als Pilotprojekte sollen zehn Innovationszentren in Afrika aufgebaut werden.

Der Ansatz ist wenig dogmatisch, eher pragmatisch, und gerade deshalb ein guter Orientierungsrahmen für zukunftsfähige ländliche Entwicklung. Er greift die positiven Aspekte der integrierten Projekte auf, verweist aber auch auf die Schlüsselrolle der Landwirtschaft für die ländliche Entwicklung. Natürlich ist es zu früh, über Erfolge und Misserfolge bei der Umsetzung dieser sehr jungen Initiative zu sprechen. Eine konzeptionelle Schwäche sehe ich allerdings: Es ist wieder die Rede vom ländlichen Raum, so als zerfiele die Welt immer noch in einen städtischen und einen ländlichen Teil. Wenn von „Wertschöpfungsketten“ und von Vermarktung die Rede ist, wäre es naheliegend, auch ländliche und städtische Entwicklung miteinander zu verknüpfen. Dann hätte sich die jahrzehntelange Konkurrenz zwischen städtischen und ländlichen Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit endlich erledigt.



Markt für Obst und Gemüse in Inezgane, einem wichtigen Umschlagplatz südlich von Agadir, Marokko

Foto: W. G. Allgoewie



Foto: privat

Professor Dr. Einhard Schmidt-Kallert hat in der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit und als Hochschullehrer gearbeitet. Seit 2005 ist er Leiter des Fachgebiets Raumplanung in Entwicklungsländern der TU Dortmund.



Foto: Till Winkelmann

Die Verpachtung von großen Landflächen macht das Sammeln von Brennholz noch beschwerlicher.

Zweifelhafter Fortschritt

Landgrabbing in Äthiopien Von Till Winkelmann

Die äthiopische Regierung setzt im Agrarsektor auf ausländische Investoren. Die Fläche, die bislang dafür zur Verfügung gestellt wurde, entspricht in etwa der Größe Nordrhein-Westfalens. Äthiopien erhofft sich davon eine Steigerung der Deviseneinnahmen, Technologietransfer und wachsende Energiesicherheit. Zudem sollen Arbeitsplätze und eine soziale Infrastruktur für lokale Gemeinden entstehen.

Den Anfang machte die Blumenindustrie. Ein Großteil der in Deutschland verkauften Schnittrosen stammt aus Äthiopien. Mittlerweile werden auch Reis, Sesam und Gemüse sowie Zuckerrohr und Jatropha für die Herstellung von Agrartreibstoffen angebaut. Bis Ende 2015 sollen etwa sieben Millionen Hektar Land an Agrarinvestoren gehen. Laut Presseberichten plant das Landwirtschaftsministerium, langfristig bis zu 23 Millionen Hektar zu verpachten – ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Die Flächen werden zu sehr günstigen Preisen vergeben. Die äthiopische Regierung erhebt kaum Steuern und Zölle, dazu kommt die räumliche Nähe zu den Märkten in Europa und dem Nahen Osten – ein attraktives Angebot für Investoren. 2013 wurden Agrargüter im Wert von drei Milliarden US-Dollar exportiert, 2015 sollen es 6,6 Milliarden werden. Auch das deutsche Unternehmen Acasis AG ist in Äthiopien auf 56.000 Hektar tätig. Das Unternehmen stand mehrfach in Kritik – u. a. von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Friends of the Earth,

ProWildlife –, da es 2007 Rodungen in einem Elefantenschutzgebiet durchgeführt hat, um dort Ölpflanzen anzubauen.

Investitionen in die äthiopische Landwirtschaft sind notwendig. Die Erträge sind gering, rund 35 Prozent der äthiopischen Bevölkerung gelten als unterernährt. Umstritten ist allerdings, wie viel ungenutztes Land es überhaupt gibt. Äthiopien ist dicht besiedelt. Von den 95 Millionen Einwohnern leben rund 85 Prozent auf dem Land, ein Großteil in Subsistenzwirtschaft. Viele haben weniger als einen Hektar Fläche zur Verfügung, um ihre Familie zu ernähren. In der Bewertung, ob eine Fläche genutzt ist, legt die äthiopische Regierung unterschiedliche Raster an. Landnutzungsformen, die nicht marktorientiert sind, wie etwa mobile Tierhaltung, gelten als rückständig.

Bestandteil des äthiopischen Wirtschaftsplans ist auch das umstrittene „villagization program“, mit dem die Regierung die verstreut lebende Bevölkerung in zentralen Dörfern ansiedeln will. So soll ein besserer Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und sauberem Trinkwasser gewährleistet werden. Vorwürfe, es handele sich dabei um Zwangsumsiedlungen, um Flächen für Agrarinvestoren zu gewinnen, werden von der Regierung zurückgewiesen. Dennoch werden in Westäthiopien aktuell rund 60.000 Mitglieder der Ethnie der Anauk umgesiedelt, gleichzeitig hat das indische Unternehmen Karaturi Global Limited in der Region 100.000 Hektar Land gepachtet.

Lokale Nutzer werden selten vor der Vergabe der Flächen konsultiert, oft nicht einmal darüber in Kenntnis gesetzt.

Kritiker halten es für falsch, dass in einem Land mit massiven Ernährungsproblemen große Teile der landwirtschaftlichen Produkte exportiert werden. Die äthiopische Regierung hat sich in den Pachtverträgen kein Vorkaufsrecht zugesichert. Auch Verpflichtungen zum Aufbau der sozialen Infrastruktur wurden in den Verträgen nicht festgehalten. Viele Plantagen verbrauchen zudem viel Wasser, ein knappes Gut in Äthiopien.

Zahlreiche von der Regierung als „ungenutzt“ deklarierte Flächen sind für die lokale Bevölkerung vor allem als Weiden überlebenswichtig. Dazu zählt auch das UNESCO-Weltkulturerbe Lower Omo Valley, in dem sich mehrere Nationalparke befinden. Durch dieses karge, von einer Savanne geprägte Tal zieht sich wie eine Lebensader der Omo, ein 460 Kilometer langer Fluß, der im Hochland Äthiopiens entspringt und schließlich in den Turkana-See in Kenia mündet.

In diesem Gebiet leben zahlreiche Ethnien, die Agropastoralismus betreiben, eine Mischung von Überschwemmungsfeldbau und mobiler Viehwirtschaft. Seit 2006 wird am Omo jedoch Gibe III, der größte Staudamm in Äthiopien, gebaut. Ziel ist die Stromgewinnung, aber auch der Aufbau riesiger Plantagen. Daran beteiligt sind Unternehmen aus Korea, Malaysia, Indien und Italien.

Einige tausend Agropastoralisten wurden bereits gegen ihren Willen umgesiedelt. In den neuen Dörfern darf eine Familie nur wenige Rinder halten, ihre großen Viehherden – wichtiger Bestandteil ihrer Kultur – mussten sie aufgeben. Ein eigenständiges Überleben ist ihnen dort nicht möglich, sie sind abhängig von staatlicher Unterstützung. Menschenrechtsorganisationen wie Survival International warnen, dass ein einzigartiger Naturraum mit einer enormen biologischen Vielfalt und die Lebensgrundlage von einer halben Millionen Menschen zerstört wird.

Dr. Till Winkelmann ist Mitarbeiter der Stiftung. Er hat mehrere Jahre in Äthiopien gelebt.



Fordern eine gerechtere Landverteilung: Landlose und Kleinbauern in Brasilien.

Wem gehört das Land?

Brasilien: Agroindustrielle versus kleinbäuerliche Landwirtschaft Von Constanze Lemmerich

Land ist lukrativ. Spätestens seit der Finanzkrise 2008/09 kaufen, verkaufen und verpachten Regierungen, Unternehmen, internationale und nationale Investmentgesellschaften weltweit Flächen. Zunehmender Konsum, hohe Marktpreise und eine exportorientierte Wirtschaft garantieren reichlich Profit. Doch weltweit mehrten sich die Stimmen gegen den Ausverkauf von und die Spekulation mit Böden. Lokale und überregionale Bündnisse formieren sich, die weniger auf Wachstum, dafür mehr auf ein sozial und ökologisch verträgliches wirtschaftliches Modell und eine entsprechende landwirtschaftliche Produktionsweise setzen.

In Brasilien, der sechsgroßten Wirtschaftsnation der Welt, ist Land schon lange eine Ware. Bereits in den 1960er-Jahren begann mit der Abholzung der atlantischen Regenwälder für die Expansion landwirtschaftlicher Nutzflächen eine Landnahme, die sich ab den 1990er-Jahren massiv verstärkte. Neben der Ausweitung der Ackerflächen und der Bewirtschaftung durch Monokulturen ist das Land geprägt von einer starken Bodenkonzentration. Faktoren, die zu einer vermehrten Landflucht führten. Auch heute noch besitzen knapp ein Prozent der Bevölkerung 48 Prozent der Landfläche. Zehn Prozent kontrollieren 80 Prozent aller Landtitel,

während 3,3 Millionen Kleinbauern nur einen Bruchteil besitzen. Viele sind sogar vollkommen besitzlos.

Fruchtbarer Boden für ausländische Investitionen

Lange herrschten in Brasilien günstige Bedingungen für ausländische Anleger: Nach Angaben der brasilianischen Agrarbehörde INCRA

waren 2010 etwa 34.000 ausländische Besitzer eingetragen und eine Gesamtfläche von 4,2 Millionen Hektar im Besitz ausländischer Firmen und Eigentümer. Schätzungen gehen allerdings von wesentlich mehr Land aus (etwa 30 Millionen Hektar), das sich in Händen internationaler Investoren befindet. Gesetzliche Änderungen, die eingeführt wurden, um die Landnahme zu regulieren, werden umgangen: Durch Kooperationen mit nationalen Partnern, Kauf der Land-

Engagement für Kleinbauern und Landlose

Um dem Niedergang kleinbäuerlicher Landwirtschaft entgegenzuwirken, gründete sich 1993 der weltweite Zusammenschluss von kleinbäuerlichen Organisationen, La Via Campesina. Der Verband steht für das Konzept der Ernährungssouveränität und engagiert sich u. a. für eine Lebensmittelproduktion auf lokaler Ebene, den Verzicht auf Gentechnik, demokratische Strukturen, das Recht auf Selbstbestimmung sowie den Aufbau von Kooperativen.

Die Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra MST wurde noch während der Militärdiktatur im Januar 1984 gegründet. Sie gilt als größte zivilgesellschaftliche Bewegung Südamerikas und national einflussreicher Akteur. Ihr Hauptanliegen ist die Forderung nach einer Agrarreform, die eine Umverteilung von Land, die Verstaatlichung landwirtschaftlicher Betriebe und die Begrenzung von Landbesitz vorsieht. Von Besetzungen unbebauten Landes durch die MST profitierten bereits 35.000 Familien. Darüber hinaus schafft die MST soziale und wirtschaftliche Infrastrukturen durch den Bau von Schulen, Universitäten und Gesundheitszentren und bietet durch Kooperativen Alternativen zur industriellen Landwirtschaft.

titel und gefälschte Papiere werden illegale Landnahmen nachträglich legalisiert.

Besonders skandalös: Etwa die Hälfte der Böden, die Großgrundbesitzern oder Konzernen gehören, wird gar nicht bewirtschaftet, sondern nur als Spekulationsobjekt benutzt. Von 130.500 Grundstücken seien, so INCRA, 69.200 ungenutzt, das entspräche etwa 228,5 Mio. Hektar Land. Die brasilianische Regierung nimmt widersprüchliche Positionen ein. Auf der einen Seite bietet sie Zuschüsse für Forschung und Darlehen, investiert in Infrastruktur und die Erschließung abgelegener Betriebe, um die Erweiterung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion im großen Stil voranzutreiben. Auf der anderen Seite artikuliert sie Bedenken über Landgrabbing und stößt Debatten über die nationale Souveränität an.

Agroindustrie: Modell mit fatalen Folgen

Längst sind die negativen Auswirkungen offensichtlich, die das massive Abholzen der Wälder Amazoniens und das im ganzen Land dominierende industrielle Agrarmodell mit sich bringen. Dessen Grundzüge entwickelten sich bereits in der Kolonialzeit, in der enorme Areale (Latifundien) als Privateigentum beansprucht wurden. Im 20. Jahrhundert etablierte sich im Zuge der technischen und industriellen Modernisierung eine extensive Produktion und Konsolidierung agrarkapitalistischer Großbetriebe. Während heute der Sojaanbau vor Ort oft vor allem vom lokalen Agrobusiness betrieben wird, kontrollieren internationale Großkonzerne den Großteil des Verkaufs. Die Produktion von Soja, Fleisch und Zuckerrohr erstreckt sich entlang des „Bogens der Entwaldung“ (arco do desmatamento), vom Süden des Bundesstaates

Pará nach Westen, über den Norden von Mato Grosso nach Rondônia in das Amazoniengebiet.

Dieselben Konzerne, die genmanipuliertes Saatgut verkaufen, bieten die für den erfolgreichen Anbau der Monokulturen erforderlichen Pestizide und Herbizide an. Die ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen auf Mensch und Natur sind enorm, und komplette Bevölkerungsgruppen werden entwurzelt. Der Nichtregierungsorganisation Grain1 zufolge wurden in den letzten 15 Jahren durch den expansiven Anbau von Soja und Zuckerrohr rund 35.000 Familien von ihrem Land vertrieben. Um die 200.000 Menschen verloren ihre Existenzgrundlage, die Hälfte allein im Amazonasgebiet. Mit den globalen Landgeschäften stieg auch die Zahl der sozialen Konflikte. Allein im Jahr 2012 wurden 1.364 Landkonflikte und 36 damit in Verbindung stehende Morde registriert, 2014 bereits fünf Morde allein im Bundesstaat Maranhão.

Eine andere Landwirtschaft ist möglich

Brasilianische Landlosenbewegungen, etwa die Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST), und internationale Bauernverbände, wie La Via Campesina, fordern neue Rahmenbedingungen und gesetzliche Reformen, die eine kleinbäuerliche, ökologisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft unterstützen. Um die Ernährungssouveränität im Land und die Existenzgrundlage für Kleinbauern zu garantieren, aber auch die Landflucht einzudämmen, setzt auch die Welternährungsorganisation FAO auf kleinbäuerliche Landwirtschaft.

Seit langem allerdings monieren kleinbäuerliche Verbände den Stillstand bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen. Versprechen der Regierung Rousseff, die Verfassung hin-

sichtlich der Agrarfrage zu überarbeiten und einen bereits zu Beginn der Regierungszeit Lula ausgearbeiteten Agrarreformplan umzusetzen, wurden bislang nicht eingehalten – trotz wachsenden Drucks durch die sozialen Bewegungen, die 2013 mehr als sieben Millionen Unterschriften für die Reform sammelten.

Wachstum um jeden Preis

Dem entgegen steht das brasilianische Entwicklungsmodell der zurückliegenden Jahre, das weiterhin vom Wachstumsparadigma geprägt ist. Von Januar bis August 2014 machten unverarbeitete Rohstoffe, wie Soja oder Eisenerz, laut dem brasilianischen Landwirtschaftsverband CNA knapp 50 Prozent der brasilianischen Exporterlöse aus – der höchste Wert seit 1978. Auch wenn das Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren gesunken ist, ist die Landwirtschaft mit 23 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nach wie vor ein dynamischer Bereich der brasilianischen Ökonomie.

Wie ihr Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva setzt auch die gerade wiedergewählte Präsidentin Dilma Rousseff auf Wachstum statt auf Umverteilung. Dabei fehlt es der Regierung nicht einmal am politischen Willen. Doch durch die verstärkte Einflussnahme der „Ruralistas“ – Interessenvertretern von Großgrundbesitzern und Agrarunternehmen im Kongress – hat sich das politisch-parlamentarische Kräfteverhältnis zugunsten konservativer Gruppen verändert. Strukturelle Veränderungen am landwirtschaftlichen Modell des Agrobusiness, Reformen im Agrarsektor und eine neue Verteilung des Landes – Forderungen, die vor allem seitens der sozialen Bewegungen artikuliert werden – sind derzeit nicht absehbar.

Projekt „Menschenrechte Brasilien“

Mit Brasilien und der Landlosenbewegung befasst sich ein neues Projekt am Allerwelts- haus Köln. Im Zentrum steht von Oktober 2014 bis Mai 2015 eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Globale Landnahme und der Kampf um das Menschenrecht auf Nahrung in Brasilien“. Vorgesehen sind u. a. eine Rundreise mit Vertretern von MST, Workshops, eine Fotoausstellung und Filmabende. Die Stiftung fördert die Veranstaltungsreihe mit 30.320 Euro. Weitere Informationen unter www.allerweltschaus.de sowie in unserer Datenbank unter E-4886.

Indien in Bewegung

Auseinandersetzungen um Landreformen sind auch in Indien ein zentrales Thema. 2012 organisierte die Landlosenbewegung Ekta Parishad den „Jan Satyagraha“, den Marsch für Land und Gerechtigkeit. Mehr als 60.000 Landlose, meist aus der indigenen Bevölkerung, setzten ein Abkommen mit der indischen Regierung durch.

Alleweltonair, die Bürgerfunkgruppe aus dem Allerwelts- haus, begleitete den Marsch mit einer durch die Stiftung geförderten Feature-Reihe.

Zum Nachhören auf www.alleweltonair.de



Constanze Lemmerich, Kulturosoziologin und Referentin für politische Bildungsarbeit, koordiniert das Projekt „Menschenrechte Brasilien“ beim Allerwelts- haus Köln.



Foto: C. Dahlmann

Ackerbohnen

Futter für unser Fleisch

Heimische Leguminosen bieten Eiweiß und mehr

Die Pflanzenfamilie der Leguminosen umfasst rund 18.000 Arten. Sie dürften den meisten von uns unbekannt sein – zu Unrecht: Einige Leguminosen, die bei uns wachsen, könnten einen wesentlichen Beitrag zur Eiweißfütterversorgung von Rindern, Schweinen und Geflügel leisten. Ihr Anbau könnte die biologische Vielfalt in unserer Agrarlandschaft verbessern und sowohl Qualität als auch Erträge von nachfolgenden Getreidesorten steigern.

Die Landwirtschaft unterscheidet zwischen Körnerleguminosen, wie Ackerbohne, Erbse, Soja oder Lupine, und feinsamigen Leguminosen, wie diverse Kleearten oder Luzerne, die überwiegend für den Feldfutterbau genutzt werden. Leguminosen können über Knöllchenbakterien an ihren Wurzeln Luftstickstoff binden und benötigen keine synthetischen Stickstoffdünger. Sie erhöhen den Humusgehalt und damit die Speicherfähigkeit des Bodens für Kohlenstoff.

Trotz dieser Qualitäten geht der Anbau heimischer Leguminosen in den letzten Jahren rapide zurück. Wurden 2003 auf deutschen Ackerflächen noch auf über 200.000 Hektar Körnerleguminosen angebaut, sind es heute nach Schätzungen des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) nur noch

rund 90.000 Hektar (0,7 Prozent der gesamten Ackerfläche). Der Anbau von feinsamigen Leguminosen hat sich in den letzten 50 Jahren auf weniger als ein Viertel der ursprünglichen Fläche reduziert.

Importsoja dominiert

Das BMEL nennt mehrere Gründe für den Rückgang. Dazu gehören „höhere physische und monetäre Erträge bei den Konkurrenzfrüchten Getreide, Mais, Zuckerrüben und Raps, ein komplexeres Anbaumanagement, stärker schwankende Erträge, mangelnde Vermarktungs- und Aufbereitungsmöglichkeiten sowie ein ungünstiger agrarpolitischer Förderrahmen“. Als Folge gehen produktionstechnische Kenntnisse verloren, bleiben Züchtungsfortschritte bei neuen Sorten aus und nimmt die Verfügbarkeit von geeigneten und wirksamen Pflanzenschutzmaßnahmen und spezifischen Aufbereitungs- und Verarbeitungsprozessen ab.

So werden heute in Europa rund 70 Prozent der Eiweißträger in den Futtermitteln über Importware – zumeist gentechnisch verändertes Soja – abgedeckt. Der Eiweißträger Soja ist für die Erzeugung von Milch, Eiern

und vor allem Fleisch bestens geeignet, doch der massive Import hat einige gravierende Nachteile. Nach Angaben der Agrobiotech-Agentur ISAAA werden rund 80 Prozent der weltweiten Soja-Anbaufläche mit gentechnisch verändertem Saatgut bestellt. Zudem haben die billigen Importe in einigen Regionen eine Form der intensiven Tierhaltung ermöglicht, die zu immensen Problemen nicht nur beim Tier-schutz, sondern auch beim Wasser-, Arten- und Klimaschutz führt.

Gegensteuern

Mittlerweile gibt es Ansätze, dieser umweltschädlichen Entwicklung gegenzusteuern. So hat das BMEL eine Eiweißpflanzenstrategie entwickelt, die dazu beitragen soll, „den Anbau und die Nutzung heimischer Leguminosen zu fördern, den Umwelt- und Naturschutz sowie die Bodenfruchtbarkeit zu verbessern und die Abhängigkeit von importierten Eiweißfuttermitteln zu verringern“. Bereits 2011 hat der nordrhein-westfälische Landesverband der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) unter dem Titel „Vom Acker in den Futtertrog“ ein von unserer Stiftung gefördertes Projekt gestartet, das heimische Leguminosen wieder zu einem wichtigen Faktor in der Viehfütterung machen will. Die AbL ist eine bäuerliche Interessenvertretung, die sich für eine sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft sowie für entsprechende Rahmenbedingungen einsetzt.

Nach Angaben von Projektleiter Christoph Dahlmann lag der Schwerpunkt zunächst im praktischen Bereich: „Wir waren 2011 und 2012 viel auf den Höfen unterwegs, haben geschaut, welche Erträge möglich sind und welche Potenziale der Anbau heimischer Leguminosen hat.“ Dafür wurden an 26 Betrieben des ökologischen und des konventionellen Landbaus anhand von Feldprotokollen Daten erhoben. In Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer NRW wurden in vier Demonstrationsbetrieben, die Leguminosen anbauen, detaillierte Untersuchungen durchgeführt. Mit gut besuchten Fach-

veranstaltungen, einem „Leguminosentag“ im Lehr- und Versuchszentrum Haus Düsse, einer Züchtertagung sowie dem „Futtermitteltag“ wurde und wird die Thematik intensiv durchleuchtet und diskutiert. Durch zwölf Feldtage auf den Demonstrationsbetrieben sowie mehrere Medienauftritte wurde das Thema einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

Hohes Potenzial

Mit Beginn des Jahres 2014 startete das Projekt in eine zweite Förderperiode. Zu den zentralen Aktivitäten gehört eine Potenzialanalyse der „Chancen und Hemmnisse einer Regionalisierung der Eiweißfuttermittelversorgung in Nordrhein-Westfalen“, deren Ergebnisse Ende Oktober vorgestellt wurden. Die sind durchaus ermutigend: Erhöht man den Anteil der Leguminosen in der Fruchtfolge auf 20 Prozent, können bis zu 7,7 Prozent mehr Rohprotein erzeugt werden. Das würde den Sojaschroteinsatz von aktuell 660.000 Tonnen auf etwa 320.000 Tonnen reduzieren und entspräche einem virtuellen Flächenimport von 100.000 Hektar.

Laut Christoph Dahlmann werden derzeit auf etwa einem Prozent der Ackerfläche in NRW Leguminosen angebaut. Das geschieht in der konventionellen Landwirtschaft zumeist im Rahmen der Agrarumweltmaßnahme „Vielfältige Fruchtfolge“, so der Parlamentarische Staatssekretär des NRW-Landwirtschaftsministeriums, Horst Becker. Teilnehmende Landwirte verpflichten sich in der neuen Förderperiode 2015–2020 zum Anbau von zehn Prozent Leguminosen statt bisher sieben Prozent. Momentan werden 64.000 Hektar innerhalb dieser Maßnahme bewirtschaftet – „unser Ziel ist es, zukünftig die Fläche auf 100.000 Hektar auszuweiten“, so der Staatssekretär.

Ein anspruchsvolles Ziel – doch wie lässt es sich erreichen? Unter anderem diese Frage diskutierten die rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Fachgesprächs über Chancen und Probleme bei der Produktion von Eiweiß-

pflanzen in NRW, zu dem unsere Stiftung am 19. September eingeladen hatte. Ein zentrales Ergebnis dieses Fachgesprächs war die Aufforderung an die Landesregierung, alle beteiligten Akteure – von den Landwirten bis zum Handel – an einen Tisch zu holen und gemeinsam die Rolle des Landes zur Unterstützung einer bundesweiten Eiweißstrategie zu definieren.

Vermarktung ausbauen

Eine Steigerung des Leguminosenanteils in der Fruchtfolge würde die Anbauflächen zudem gesünder und resistenter gegen Schädlinge und Unkräuter wie den Ackerfuchsschwanz machen, betont Christoph Dahlmann. Beim 2. Futtermitteltag der AbL am 4. November in Hamm bestätigte Torsten Stehr, Betriebsleiter bei der Raiffeisen Weser-Elbe e. G., diese These. Um zunehmenden Unkrautdruck und Ertragsrückgänge im Getreideanbau in den Griff zu bekommen, hätten Landwirte aus seiner Region die Ackerbohne in ihre Fruchtfolge aufgenommen – mit gutem Erfolg: „Durchschnittliche Kornerträge bei den Bohnen von sechs Tonnen pro Hektar, nachweislich positive Effekte auf Pflanzen- und Bodengesundheit

sowie Ertragssteigerungen von zehn Prozent beim nachfolgenden Weizen.“

Ein Problem sei allerdings die Vermarktung der geernteten Ackerbohnen, trotz tierhaltender Futtermittelbetriebe in der näheren Umgebung. „Es mangelt an aufnahmewilligen Futtermittelwerken“, so Stehr. Deshalb müsse die Beratung in der gesamten Wertschöpfungskette verbessert werden. „Wenn die Futtermühlen zurückhaltend sind, muss der Handel zwischen Landwirten angekurbelt werden“, fordert Christoph Dahlmann. Die AbL versucht dies über einen virtuellen Marktplatz auf der Homepage des Projektes, wo Landwirte Angebote und Gesuche einstellen können. „Der Leguminosenanteil wird sich auf Dauer nur dann signifikant steigern lassen, wenn faire Preise erzielt werden“, beschreibt Christoph Dahlmann ein zentrales Projektziel.

Unsere Stiftung fördert das Projekt noch bis Ende 2015 mit insgesamt 248.175 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.vom-acker-in-den-futtermitteltrog.de, www.abl-ev.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3410 und U-3543



Vorstellung der Potenzialanalyse: (v. l.) Christoph Dahlmann, Prof. Dr. Jürgen Braun (FH Südwestfalen), Horst Becker (Parlamentarischer Staatssekretär im MKULNV), Bernd Schmitz (AbL-Vorsitzender NRW)

Doppelte Rendite

Nachhaltige Geldanlagen im Aufwind

Wer sein Geld rentierlich anlegen möchte, hat seit geraumer Zeit nicht viel Spaß. Die Zinsen sind auf einem historischen Tiefstand, und alle Anzeichen sprechen dafür, dass sich daran so schnell nichts ändern wird. Doch so eine Finanzkrise hat auch ihr Gutes – seit sich die Chancen auf eine satte Rendite in einem überschaubaren Rahmen halten, achten immer mehr Menschen auf die ethischen, sozialen und ökologischen Aspekte ihrer Geldanlage. Nach Angaben des 2001 gegründeten Forums Nachhaltige Geldanlagen belief sich das Volumen der nachhaltigen Geldanlagen in Deutschland Ende 2013 auf knapp 80 Milliarden Euro – eine Steigerung um neun Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Finanzexperten gehen von mittlerweile rund 300 Kriterien aus, mit denen die Leistungen von Unternehmen beim Umweltschutz, bei der Einhaltung sozialer Standards sowie in Sachen Ethik und gute Unternehmensführung bewertet werden. Wer bei seiner Geldanlage nicht auf spezialisierte Rating- und Researchagenturen zurückgreifen will, sollte zunächst einmal bei seiner Bank nach Negativ- oder Ausschlusskriterien für Investitionen in bestimmte Sektoren fragen, etwa Kernenergie oder Rüstung.

Positivkriterien helfen bei der konkreten Auswahl der Branchen, in die investiert werden soll. Dabei lohnt ein genauer Blick, denn es gibt durchaus Unternehmen – etwa im Energiebereich – die nur zu einem geringen Anteil nachhaltig investieren und den Großteil ihrer Gewinne mit klimaschädlichen Energieträgern wie Kohle oder Erdöl erzielen. Dieses Problem kann auch beim sogenannten best-in-class-Ansatz auftreten, bei dem solche Unternehmen für Investments ausgewählt werden, die innerhalb einer Branche als besonders umweltfreundlich oder sozial gelten.

Nach Studien der Global Sustainable Investment Alliance werden weltweit rund 13,6 Billionen Dollar nach ESG-Kriterien angelegt.

ESG steht für Environment (Umwelt), Social (Soziales) und Governance (gute Unternehmensführung). Allmählich setzen auch Großinvestoren auf nachhaltige Anlagemöglichkeiten, denn diese versprechen einen langfristig orientierten, sorgfältigen Umgang mit den eingesetzten Ressourcen – und sind in ihrer Wertentwicklung konventionellen Anlagen zumindest ebenbürtig, wie eine Meta-Studie der Berliner Steinbeis-Hochschule aus dem Jahr 2013 ermittelte.

Die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald hat im Rahmen des Projekts „Was macht eigentlich mein Geld?“ eine Broschüre herausgegeben, die Verbraucherinnen und Verbrauchern als Wegweiser durch den Dschungel der Anlagemöglichkeiten dient. Grundsätzlich werden vier Alternativbanken empfohlen: Die EthikBank, die GLS Bank, die Triodos Bank und die UmweltBank. Allen vier Banken bescheinigt urgewald, dass sie ihre Geschäfte transparent gestalten, Mitsprache ermöglichen und gleichermaßen klare Ausschluss- wie Positivkriterien vertreten.

Mit einer speziellen Form nachhaltiger Geldanlage befasst sich die Studie „Jenseits von Mikrokrediten. Geldanlagen und Entwicklungsförderung“ des Instituts Südwind, die im September 2014 vorgestellt wurde. Dabei geht es um Alternativen zur klassischen Projektfinanzierung in Entwicklungsländern, die bislang vor allem über öffentliche Entwicklungshilfe, über Kredite von Entwicklungsbanken wie der Weltbank oder über Direktinvestitionen

von Konzernen umgesetzt wird. Die Anlagemöglichkeiten über Mikrofinanzen, Impact Investments und Green sowie Social Bonds trügen mit rund 38 Milliarden US-Dollar bislang zwar nur in geringem Maße zur Entwicklungsfinanzierung bei, könnten aber angesichts rasanter Steigerungsraten nach Ansicht der Autorin Antje Schneeweiß durchaus eine zukunftsweisende Rolle spielen.

Unsere Stiftung hat das Projekt von urgewald mit 37.000 Euro unterstützt. Die Südwind-Studie ist Teil eines Projekts zur Entwicklungsfinanzierung, das mit 19.500 Euro gefördert wird.

➔ Weitere Informationen unter www.urgewald.de, www.suedwind-institut.de sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4779 und E-4837



Die Vermessung der (Entwicklungs-)Welt

Ein Kommentar zu den Grenzen des Messens Von Dieter Reuter

Tödliche Hilfe oder Rettung der Welt? Angesichts häufig massiver Kritik muss die Entwicklungszusammenarbeit ihre Wirkungen immer wieder unter Beweis stellen. Das ist kein unbilliches Verlangen, wenn Steuern oder Spenden zum Einsatz kommen. Aber auch die Akteure in Entwicklungsprojekten haben das gleiche Interesse: Sie stellen sich Sisyphos nicht unbedingt als glücklichen Menschen vor, sie möchten mit ihrer Arbeit Erfolge erzielen.

Deshalb müssen Vorhaben, in die nicht nur erhebliche Summen Geld, sondern auch viel Engagement und Arbeit von den Gebern und ihren Partnern investiert werden, Antworten auf eine Reihe von Fragen geben: Worauf zielen die Aktivitäten? Was wurde erreicht? Welche intendierten oder nicht intendierten positiven oder negativen Wirkungen wurden erzielt?

Ziele sollen beschreiben, was genau das Vorhaben erreichen will. Damit dies überprüfbar wird, dienen Indikatoren zur Messung des Erreichten. Und letztlich definiert sich der Erfolg eines Vorhabens erst mit dem Blick auf sein Umfeld: Was hat sich durch das Projekt verändert?

In vielen Vorhaben lassen sich messbare Ziele definieren, und, sofern sich auch die Ausgangssituation quantitativ beschreiben lässt, wird die Veränderung konkret darstellbar. Zum Beispiel: Der Besuch weiterführender Schulen hat sich in einer Region um x Prozent erhöht. Oder: Nach dreijähriger Arbeit in einem ländlichen Entwicklungsprojekt ist der Absatz der dortigen kleinbäuerlichen Betriebe sowie ihr Familieneinkommen um x Prozent gestiegen. Allerdings stellt sich dann die Frage, ob diese Veränderungen wirklich auf den Einfluss einer einzelnen Projektintervention zurückgeführt werden können.



Foto: privat

Dr. Dieter Reuter arbeitet seit 1984 in verschiedenen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit – u. a. bei DED, InWEnt und GIZ.



Foto: Dan Race

Nicht für alle Arten von Vorhaben lassen sich diese Fragen jedoch auf gleiche Art und Weise beantworten. Für Projekte der Infrastruktur (z. B. der Bau einer Zubringerstraße) mag das funktionieren. Je stärker beispielsweise Bildung und Qualifizierung im Zentrum stehen, desto schwieriger lassen sich messbare Ziele beschreiben, die über den individuellen Kompetenzzuwachs hinausgehen. Natürlich, dies ist ja angestrebt, sollen Menschen mit einer neuen Qualifikation anders in ihrem Umfeld agieren – und sie tun das auch. Sie geben ihr neues Wissen weiter, sie stoßen Veränderungen an. Aber ist es nicht naiv anzunehmen, dass dies quasi unmittelbar nach Ende eines Projekts in objektiv messbarer Form stattfindet? Hier scheint oft der Wunsch Vater des Gedankens zu sein – ganz abgesehen davon, dass auch dann die Wirkung des Vorhabens noch nicht geklärt ist: Erzielen die von den Teilnehmenden angestoßenen Aktivitäten tatsächlich positive Veränderungen? Unmittelbar messbar ist das alles nicht – wäre stattdessen nicht etwas mehr Vertrauen in das professionelle und politische Potenzial qualifizierter und aufgeklärter Menschen angebracht?

Im Übrigen: Dies ist keine Schwierigkeit, die speziell am Handlungsfeld Entwicklungszusammenarbeit festzumachen ist. Wie messen wir denn die Wirkungen der Bildungsarbeit an einem deutschen Gymnasium? Ganz zu schweigen von internationalen Konferenzen. Jenseits objektiv nachprüfbarer Indikatoren kann man mögliche und plausible Wirkungsketten zu beschreiben versuchen – empirisch nachweisen lassen sie sich nicht.

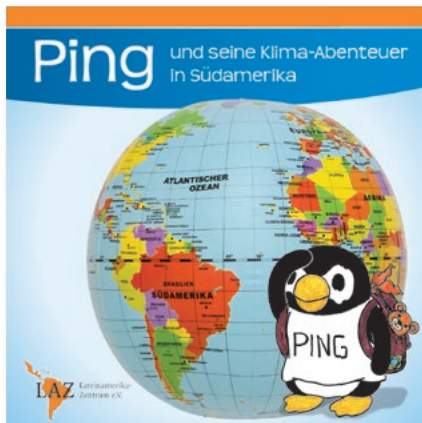
Die Vorhaben vieler NROs unterscheiden sich noch einmal deutlich von denen der klassischen Technischen Zusammenarbeit: Sie sind

zum einen viel zu klein, um größere Wirkungen im System eines Partnerlandes zu erreichen; zum anderen zielen sie häufig stärker auf die Interaktion zwischen den NRO-Mitgliedern und den Partnern vor Ort. So gehen die Teilnehmer des Programms „Konkreter Friedendienst“ zwar für einige Wochen oder Monate in ein Entwicklungsland und arbeiten dort an einem konkreten Projekt – etwa die Errichtung eines Schlafsaals in einem ländlichen Internat –, aber dies sind nicht die entscheidenden Ergebnisse. Die bedeutenderen Wirkungen solcher Vorhaben liegen hier im Inland: Die handelnden Menschen verändern sich durch die Interaktion mit ihren Counterparts im Partnerland; die Begegnungen mit Menschen aus anderen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Kontexten verändern auch bei uns – ja was? Das Bewusstsein der hier Beteiligten? Das gesellschaftliche oder politische Handeln der erreichten Adressaten?

Um jedem Missverständnis vorzubeugen: Gerade in der klassischen Technischen Zusammenarbeit kann auf sorgfältige Planung von Zielen und Wirkungen nicht verzichtet werden. Aber gilt dies in gleicher Form für alle Vorhaben? Welche Kriterien soll man an NRO-Vorhaben anlegen? Oder an Austausch, Dialog und gemeinsames Lernen? Mit Sicherheit sind hier nicht „objektiv messbare“ Ergebnisse und Wirkungen zu fordern. Sehr wohl aber Klarheit über Ziele und die möglichen Beiträge der Aktivitäten zu gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Dazu, dass auch in den von der Stiftung Umwelt und Entwicklung geförderten Vorhaben präzise Messbarkeit eine geringere Rolle spielt, darf man selbstbewusst stehen. Auch ohne detaillierte Erfolgsindikatoren verändern sie die Welt – zumindest ein bisschen.

Von Pinguinen und Menschen

Kinderprojekt zum Klimawandel
in Südamerika



Kinder auf den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Armut aufmerksam machen: Das ist die Zielsetzung eines Projektes des Bonner Lateinamerika-Zentrums. Angeboten werden bis zu den Sommerferien 2015 Projektstage für Schüler der 3. und 4. Klasse im Großraum Köln/Bonn, in Einzelfällen können jedoch auch Schulen in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens teilnehmen.

Im Mittelpunkt der Projektstage steht das Kinderbuch „Ping und seine Klima-Abenteuer in Südamerika“. Protagonist ist der kleine

Pinguin Ping. Entlang seiner Abenteuer in Chile, Bolivien, Peru und Brasilien lernen die Kinder Probleme kennen, die sich für die dort lebenden Menschen aus den klimatischen Veränderungen ergeben. Gleichzeitig erfahren sie, wie sich die Menschen an die Folgen des Klimawandels anpassen und über Initiativen zum Klimaschutz auch der Armut entgegenwirken. Um globales Denken und Handeln zusammenzubringen, zieht das Buch Verbindungen zwischen Südamerika und der Lebensweise in Deutschland. Es vermittelt, wie jeder einen Beitrag zum Klimaschutz und somit zur Armutsbekämpfung leisten kann. Das Buch ist als (Vor-)Lesebuch geeignet und enthält auch Aufgaben zum Mitmachen. Einzelexemplare können beim Lateinamerika-Zentrum bestellt werden, Klassensätze werden im Rahmen der Projektstage vergeben. Unsere Stiftung fördert das Projekt mit 8.000 Euro, Kofinanzierer ist Engagement Global aus Mitteln des BMZ.

➔ Weitere Informationen unter www.lateinamerikazentrum.de und bei Verena Landes, vlandes@lateinamerikazentrum.de



Plakatversion von Klima-Wandelt?

Ihr Feedback ist erwünscht

Unsere Ausstellung Klima-Wandelt stößt auf gute Resonanz, so dass wir nicht allen Ausleihwünschen nachkommen können. Deshalb überlegen wir, 16 der 23 Ausstellungstafeln als Plakatset im DIN-A2-Format drucken zu lassen. Für Sie hätte das den Vorteil, dass Sie die Plakate behalten und mehrfach einsetzen könnten. Außerdem müssten Sie sich nicht mehr um Organisation und Finanzierung des Transports kümmern.

Fair Future mit Folgen

Ratinger Berufskolleg
erhält Photovoltaik-Anlage

Seit Ende September wird auf dem Turnhallendach des Adam-Josef-Cüppers-Berufskollegs in Ratingen Solarenergie erzeugt. Planungen für die Anlage gab es schon länger, vor allem seitens der Bürgerenergie Genossenschaft eG, die sich dafür engagiert, in Ratingen mehr auf klimafreundliche Energie zu setzen.

Der entscheidende Kick zur Realisierung kam dann aber am 5. Februar 2014, als die von unserer Stiftung geförderte Bildungskampagne Fair Future II in Ratingen zu Gast war. Beeindruckt durch die Multivisionsschau zum ökologischen Fußabdruck verständigten sich Landrat Thomas Hendele und der damalige Ratinger Bürgermeister Harald Birkenkamp darauf, verwaltungstechnische Barrieren aus dem Weg zu räumen. Hilfreich für die Entscheidung war sicherlich auch, dass ein anwesender Mitarbeiter der Solarworld AG Unterstützung anbot, im Rahmen eines speziellen Firmenprogramms für Schulen. Hauptfinanzier und Betreiber der Photovoltaik-Anlage am Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg ist die Bürgerenergie Genossenschaft. Die Anlage hat eine Leistung von 66 kWp, dadurch können pro Jahr rund 40.000 kg CO₂-Emissionen eingespart werden – und der ökologische Fußabdruck der Ratinger wird etwas kleiner.

➔ Weitere Informationen zu Fair Future II unter <http://storybook.fairfuture.net> und in unserer Projektdatenbank unter Z-5248; zum Schulprogramm von Solarworld unter www.solarworld.de/solarstrom/fuer-schulen/

Was halten Sie von dieser Idee?

Das wüssten wir gerne, um abschätzen zu können, ob Bedarf an dem Plakatset besteht und in welcher Auflage wir ihn drucken sollten. Wenn Sie an einem Plakatset interessiert sind, melden Sie sich bitte bei uns. Am besten per Mail an Christel.Schwiederski@sue-nrw.de oder telefonisch unter 0228/24 33 517. Abbildungen aller Ausstellungstafeln finden Sie auf unserer Internetseite unter www.sue-nrw.de unter Service/Klimawandelt

Umgeblättert

Interessantes aus umwelt- und entwicklungspolitischen Zeitschriften



Bio 3.0

Einkaufen im Bioladen war lange Zeit nicht unbedingt ein sinnliches Vergnügen. Schrumpelige Äpfel, Brot vom Vortag und ein sehr überschaubares Angebot – die „gute Sache“ stand offensichtlich im Vordergrund.

Das ist lange vorbei. Heute kann sich auch die Präsentation sehen lassen, „Bio“ gehört beinahe schon zum Mainstream und erreicht einen Anteil von rund 4,5 Prozent am gesamten Lebensmittelhandel. Kein Discounter kann es sich heute leisten, auf Biowaren zu verzichten.

Doch das heimische Angebot hält mit der wachsenden Nachfrage längst nicht mehr Schritt, immer mehr Biowaren werden importiert. Und gleichzeitig häufen sich die Meldungen über Schwindel bei der Deklaration. Eine Branche muss sich dem Umbruch stellen – wie dies geschehen kann, zeigt das Schwerpunktthema in der Novemberausgabe von **natur**. Der Beitrag von Horst Hamm zeichnet die Geschichte der Biobewegung nach und skizziert die aktuellen Diskussionen über die Zukunft des Biolandbaus in Deutschland, die 2013 auf der Messe „Biofach“ begonnen haben und noch längst nicht beendet sind.

Die Zeitschrift **natur** wurde 1980 von Horst Stern gegründet, wechselte bis heute mehrfach den Titel (u. a. in **natur+kosmos**) und heißt seit einem Relaunch 2012 wieder so wie zur Gründung. Das Magazin wird monatlich von der Konradin Mediengruppe herausgegeben und möchte sowohl die Schönheit der Natur zeigen als auch über politische Hintergründe informieren.

→ Weitere Informationen unter www.natur.de



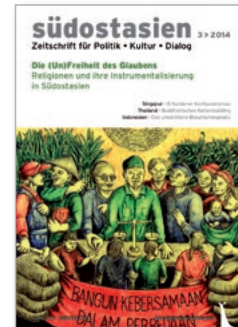
Ambitioniert

Die „Ökologischen Briefe“ haben bis in die Mitte der 1990er-Jahre dem kritischen Diskurs über die nachhaltige Zukunft unserer Gesellschaft eine Plattform gegeben. An diese Tradition soll das neue Magazin **movum – Briefe zur Transformation** anknüpfen. Herausgeber sind der BUND, die Deutsche Umweltstiftung, Euro-Natur, das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft und die NaturFreunde.

Eine sozialökologische Transformation ist nach ihrer Ansicht das Gebot der Stunde. Angesichts des Zustandes der Welt spitze sich die Alternative zu: zerstören oder gestalten. Für diejenigen, die kompetent gestalten wollen, will **movum** den notwendigen Diskurs ermöglichen. Vorgestellt werden sollen „mutige Konzepte, die den Herausforderungen – Armut und Ungleichheit, Klimaänderungen, Verknappung von Energie, Wasser und biologischer Vielfalt – mit einer ganzheitlichen Vision des humanen Fortschritts begegnen“. Seit August sind zwei Ausgaben mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten erschienen. Die beiden Hefte zu „Kreisläufen“ und „Klimaschutz“ sind eine mitunter anspruchsvolle Lektüre – aber die Anstrengung lohnt auf jeden Fall.

movum erscheint alle zwei Monate im Gut-Wetter Verlag und wird vom Umweltbundesamt gefördert. Das gedruckte Heft liegt kostenlos dem Wirtschaftsmagazin **enorm** bei.

→ Weitere Informationen und Download unter www.movum.info



Kampf der Religionen?

Gesellschaftliche Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen wegen einer Religion? Das war, wenn man vom irischen Bürgerkrieg absieht, viele Jahrzehnte in der westlichen Welt kein Thema. Mit dem Jugoslawienkrieg und erst recht dem 11. September 2001 änderte sich dies. Heute erfahren wir täglich von Intoleranz, Gewalt, Terror und Kriegen, die religiös motiviert sind. Doch inwieweit dient die Religion nur als Deckmantel für ganz andere Interessen? Und warum identifizieren sich Menschen wieder stärker über ihren Glauben, bis hin zur Bereitschaft, dafür zu morden und zu sterben?

Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt sich die Zeitschrift **südostasien** (3/2014) unter dem Titel „Die (Un)Freiheit des Glaubens: Religionen und ihre Instrumentalisierung in Südostasien“. Islam, Buddhismus, Konfuzianismus und Christentum sind die Hauptglaubensrichtungen in dieser Region. Analysiert wird die Situation in acht sehr unterschiedlichen Ländern: vom Stadtstaat Singapur und dem Sultanat Brunei bis hin zu Indonesien und den Philippinen. Dabei geht es nicht nur um gewaltsam ausgetragene Konflikte, sondern auch um den Einfluss von Religion auf gesellschaftliche Werte, Demokratisierungsprozesse und das Leben der Menschen.

Die Zeitschrift **südostasien** erscheint viermal jährlich und informiert über die Länder in dieser Region und ihre Beziehungen nach Europa. Herausgeber sind der Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien und das Philippinenbüro in Zusammenarbeit mit der Stiftung Asienhaus.

→ Weitere Informationen und Download einiger Artikel unter www.asienhaus.de

... verschiedenen Infomobilen?

Mobile Bildungseinrichtungen im Umwelt- und Entwicklungsbereich haben viele Vorteile. Sie können an Orten eingesetzt werden, die einen direkten Bezug zum Thema haben – etwa interessanten Biotopen oder bei Veranstaltungen zum Fairen Handel. Sie sorgen für Abwechslung, für Höhepunkte im Bildungsalltag und sind in der Regel so ausgestattet, dass auch auf spontane Wünsche der Nutzer reagiert werden kann. Und sie sind – vor allem – rollende Botschafter für wichtige Projekte im Umweltschutz und in der Entwicklungsarbeit.

Das Jugendumweltmobil JUM der NAJU NRW war Anfang 2002 eines der ersten Projekte, das unsere Stiftung gefördert hat (125.266 Euro). Das JUM sollte die NAJU-Angebote zur offenen Jugendarbeit ergänzen, Naturbegegnungen in Ballungsgebieten ermöglichen und so Kindern und Jugendlichen die Grundgedanken der Agenda 21 nahebringen – Partizipation, nachhaltiger Lebenswandel, Ressourcenschonung, Klimaschutz und Bewahrung der Natur.

Das JUM ist ein Kleintransporter, dessen vielseitige Ausrüstung praktische Naturschutzarbeiten, wissenschaftliche Untersuchungen und spielerische Naturerlebnisaktionen zu Themen wie Boden, Nachhaltigkeit, Stadtökologie oder Wald ermöglicht. Auch für Kindergeburtstage kann das JUM gebucht werden. „Wir kommen mit dem JUM direkt zu unseren Kunden, denn vor der eigenen Haustür ist immer etwas los in Sachen Natur und Umwelt“, erzählt Carola De Marco, die das Jugendumweltmobil seit April 2013 für die NAJU NRW betreut. 2014 hatte

das JUM mehr als 30 Einsätze, und 2015 möchte Carola De Marco die 50er-Grenze knacken.

Ebenfalls ein gefördertes Projekt der frühen Stiftungsjahre war der AIDS-Truck von missio Aachen (165.000 Euro). Der Truck war ein zentraler Baustein des „Aktionsbündnis gegen AIDS an Schulen“, mit dem das Internationale Katholische Missionswerk auf das anhaltend große, aber unterschätzte Problem AIDS reagierte. Mit jugendgemäß aufbereiteten Materialien, einem Theaterstück, einem Slogan-Wettbewerb sowie verschiedenen Lobbyaktionen in Zielrichtung Pharmaindustrie wurde bei jungen Menschen Interesse für ein schwieriges und gerne verdrängtes Thema geweckt. Der AIDS-Truck enthielt eine Ausstellung, audiovisuelle Medien, Animationsspiele und viele weitere Materialien. Nach bis zu 240 Einsätzen pro Jahr, bei denen nach Angaben von missio-Sprecher Jörg Nowak rund 180.000 junge Menschen erreicht wurden, ging der Truck in den wohlverdienten Ruhestand. Er wurde durch einen Truck zum neuen missio-Schwerpunkt „Schutzengel – für Familien in Not“ abgelöst.

Als 2004 der Nationalpark Eifel eingerichtet wurde, waren Teile der dortigen Bevölkerung unsicher, welche Veränderungen der Park mit sich bringen würde. Aufklärung und Information waren das Gebot der Stunde, und so setzte der Förderverein Nationalpark Eifel ab 2006 den von unserer Stiftung geförderten (169.180 Euro) Informationsbus „Fagabundus“ ein, um bei den Menschen vor Ort für die Idee des Nationalparks zu werben. Dazu wurde ein alter



Wilde Tiere vor dem JUM

Bus (Baujahr 1976) angeschafft und zu einem außerschulischen Lernort ausgebaut.

Der Bus kam bei rund 260 Veranstaltungen zum Einsatz. Mit der Zeit wurden jedoch die Kosten für Wartung und Instandhaltung zu hoch, und es erwies sich zunehmend als Nachteil, dass der „Fagabundus“ nur von Personen mit einem Busführerschein gefahren werden konnte. Deshalb wird er künftig durch einen ebenfalls von unserer Stiftung geförderten (42.500 Euro) mittelgroßen Transporter ersetzt, der flexibel einsetzbar ist und auch Platz genug für die neue mobile Ausstellung zum Nationalpark bietet.

Unsere Stiftung hat noch weitere Organisationen bei der Anschaffung und Ausstattung von Infomobilen unterstützt. Dazu gehören das Eine-Welt-Mobil des Eine Welt Netzes NRW (272.000 Euro, inkl. päd. Programm, rund 50 Einsätze pro Jahr), das Bergische Naturmobil der Biologischen Station Oberberg (48.971 Euro, rund 120 Einsätze pro Jahr), das Umweltmobil für den Kreis Steinfurt (54.200 Euro, 40 Einsätze pro Jahr) und – nicht ganz so mobil – den „Husimo“ des Verbandes Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (21.500 Euro). Dabei handelt es sich um einen alten Bauwagen, der seinen Standort bei der Bildungseinrichtung Burg Husen hat und als Lernort für Kinder und Jugendliche zu den Themen Umwelt und Nachhaltigkeit dient.

➔ Weitere Informationen unter

www.naju-nrw.de, www.missio-aachen.de,
www.foerderverein-nationalpark-eifel.de,
www.eine-welt-netz-nrw.de,
www.umweltmobil-steinfurt.de,
www.biostationoberberg.de,
www.husimo.de

sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3003, E-4098, U-3208, U-3541, E-4139, U-3385, U-3409 und Z-5134



Bis zu 240 Einsätze pro Jahr: Der AIDS-Truck

Neu geförderte Projekte

16. August bis 15. November 2014

Fördervolumen: 1.283.607 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, O = Organisationsentwicklung, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

„What's killing us now?“ 1.6.2014–31.12.2014
Kindernothilfe e. V. E-4874
Theatertournee mit jungen Menschen aus Südafrika, die an Schulen in NRW ein Stück zum Thema „HIV/Aids in Entwicklungsländern“ aufführen. 22.629 €

Stimmen und Perspektiven aus dem Township 2.8.2014–22.11.2014
Deutsch-Afrika Ruhr Forum e. V. E-4879
Junge Mitglieder einer südafrikanischen NRO berichten bei Veranstaltungen über ihre Arbeit, geben Konzerte und nehmen an Workshops teil. 14.000 €

DÄSAV Äthiopien-Konferenz 2014 1.9.2014–1.12.2014
Deutsch-Äthiopischer Studenten- und Akademikerverein e. V. E-4884
Konferenz in Köln zur wirtschaftlichen Entwicklung Äthiopiens, Schwerpunkte u. a. Agrarwirtschaft, Rolle der äthiopischen Diaspora. 5.000 €

Landnahme und das Menschenrecht auf Nahrung 1.10.2014–31.5.2015
Allerwelts Haus Köln e. V. E-4886
Veranstaltungen mit Vertretern einer brasilianischen Landlosenbewegung; Produktion von Radiosendungen, einer Broschüre und einer Ausstellung. 30.320 €

Öffentlichkeitsarbeit zu Eine Welt Tagen 1.9.2014–31.12.2014
Eine Welt Forum Düsseldorf e. V. E-4889
Öffentlichkeits- und Koordinationsarbeit zu den rund 200 Veranstaltungen bei den 30. Eine-Welt-Tagen in Düsseldorf. 8.000 €

Beratung zur Organisationsentwicklung 1.11.2014–30.6.2015
NABU Kreisverband Minden-Lübbecke e. V. O-2323
Durchführung eines Organisationsentwicklungsprozesses innerhalb des Kreisverbandes. 9.972 €

Nachhaltige Nutzung von Bioenergieträgern 1.9.2014–31.8.2016
Projektorganisation regionale Oelpflanzennutzung e. V. U-3530
Aktionen, Veranstaltungen, Exkursionen und Internetseiten zu Erneuerbaren Energien, Energiewende und Bioenergie aus regionaler Produktion. 85.400 €

Färberpflanzen und Streuobstwiese 1.10.2014–31.8.2016
Verein zur Förderung der Jugendarbeit e. V. U-3555
Umgestaltung eines Bauernhofs zu einem naturnahen Lern- und Freizeitort; Bildungsangebote für Menschen mit und ohne Behinderung. 78.431 €

Lernstandort „Energiewelten“ 1.12.2014–30.11.2015
Förderverein Klimakommune Saerbeck e. V. U-3564
Erweiterung des Bioenergieparks Saerbeck zum Lernstandort, Entwicklung eines Bildungskonzepts und Anschaffung von Lernmaterialien. 115.860 €

Wald und Wirtschaftswachstum – ein Widerspruch? 1.10.2014–30.4.2015
Youth Future Project e. V. U-3572
Dreitägiges Seminar für junge Menschen zur Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum, Energiewende und Nachhaltigkeit am Beispiel der Konflikte um den Braunkohletagebau. 4.674 €

Agora Köln/Tag des guten Lebens 1.7.2014–30.6.2015
Institut Cultura21 e. V. U-3580
Durchführung von autofreien „Tagen des guten Lebens“ in zwei Kölner Stadtteilen mit einem umfangreichen Programm zu „Freiraum und Gemeinschaftsraum“. 57.161 €

Sterneküche fürs Klima 1.10.2014–30.11.2015
Förderverein NaturGut Ophoven e. V. U-3582
Interaktive Ausstellungsstationen, pädagogische Programme, Workshops und ein Kochbuch für kleine Kinder zum Thema „Klimafreundliche Ernährung“. 91.969 €

Citizen Science: Erforsche Neophyten mit! 1.12.2014–30.11.2016
BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. U-3587
Kinder und Jugendliche recherchieren unter fachl. Anleitung invasive Pflanzenarten im Raum Bonn und stellen ihre Ergebnisse für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung. 64.806 €

Vermeidung von Vogelschlag 1.12.2014–30.11.2016
BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. U-3594
Erhebung zum Vogelschlag an transparenten Bauelementen in Köln und diverse Informationsangebote, u. a. für Architekten, Gebäudeeigentümer, Verwaltung. 90.480 €

Klimabildung am Beispiel des Apfels 22.9.2014–19.12.2014
Förderverein NaturGut Ophoven e. V. U-3598
Unterrichtsangebote zu klimafreundlicher Ernährung für Erstklässler in Leverkusen und im Rheinisch-Bergischen Kreis. 5.000 €

Plastik fasten – wie geht das? 4.10.2014–30.11.2014
Förderverein der Station Natur und Umwelt e. V. U-3601
Aktionen und Veranstaltungen zur Reduzierung bzw. Vermeidung von Kunststoffen im Alltag, als Beitrag zu Klimaschutz und Gesundheit. 4.500 €

Tierpräparate für die Umweltbildung 4.11.2014–31.10.2015
BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. U-3606
Die BUND-Kreisgruppe Rhein-Sieg erweitert ihren Bestand an Tierpräparaten. 3.110 €

Mpumalanga: Wo unsere Kohle herkommt 1.7.2014–31.12.2016
Koordination Südliches Afrika e. V. Z-5276
Kampagne zu sozialen und ökologischen Auswirkungen des Kohleabbaus in Südafrika; u. a. Erstellung von Filmen und Broschüre, Veranstaltungen und Journalistenreise. 158.100 €

Mit Schokolade den Regenwald retten 1.9.2014–30.9.2015
OroVerde – Die Tropenwaldstiftung Z-5278
Bildungsmaterialien zum Thema Kakao und Nachhaltigkeit werden entwickelt und in Schulen und bei Fortbildungen erprobt. 56.965 €
Themen u. a. Biodiversität, Kinderarbeit, Konsum/Fair Trade.

Nachhaltigkeit und Ernährung 23.6.2014–30.4.2015
Sounds for Nature Foundation e. V. Z-5284
Dreitägige Fachkonferenz in Bonn zum nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln bei Musik- und anderen Großveranstaltungen. 23.000 €

Create Dialoge 1.7.2014–15.3.2015
Stadt Land Welt e. V. Z-5285
Begleitprogramm zum Kölner ökorausch-Festival, um den Dialog zwischen Designern und umwelt- und entwicklungspolitischen Akteuren zu fördern. 62.177 €

Wie fair kauft meine Stadt? 21.7.2014–20.1.2016
Christliche Initiative Romero e. V. Z-5286
Materialien und andere Angebote für Bürger, die ihre Kommune zu einer sozial verantwortlichen öffentlichen Beschaffung motivieren wollen. 39.038 €

„Stand up for your rights“ 1.12.2014–30.11.2016
Allerwelts Haus Köln e. V. Z-5288
(Schul-)Veranstaltungen, Materialien und Öffentlichkeitsarbeit, um junge Menschen für die Menschenrechtsarbeit zu gewinnen und als Multiplikatoren zu qualifizieren. 57.833 €

Bonn International Model United Nations 1.9.2014–1.3.2015
Bonn International Model United Nations e. V. Z-5290
Fünftägige internationale Simulationskonferenz für Studierende zur Arbeit der Vereinten Nationen, mit dem Thema „Cultural Conflicts – Building Bridges through Diplomacy“. 14.730 €

Nachhaltigkeit lernen in Wuppertal und Matagalpa 1.1.2015–1.3.2016
Verein Städtepartnerschaft Wuppertal-Matagalpa e. V. Z-5291
Bildungsangebot zum Zusammenhang Umwelt – Konsum für Wuppertaler Schulen; Austausch dazu mit Schulen in der nicaraguanischen Partnerstadt. 38.569 €

Fair, fair, fair sind alle meine Kleider 25.8.2014–25.2.2015
FEMNET e. V. Z-5292
Aktualisierung und Neudruck eines Einkaufsführers zu öko-fairer Bekleidung in Bonn; Workshops zum Thema „Saubere Kleidung“ an Schulen. 4.380 €

Erfahrungsaustausch zu Stakeholderdialogen 15.10.2014–15.6.2015
Südwind e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene Z-5295
Befragung von NRO in NRW zu ihren Erfahrungen mit Unternehmensdialogen; die Ergebnisse werden in einem Fachgespräch erörtert und veröffentlicht. 12.750 €

Eine-Welt-Landeskonferenz in NRW 2015 1.12.2014–31.5.2015
Eine Welt Netz NRW e. V. Z-5296
Durchführung der Eine-Welt-Landeskonferenz im März 2015 in Münster. 39.205 €
Zentrales Thema ist die Europäische Union im Kontext nachhaltiger Entwicklung.

Was macht eigentlich mein Geld? 1.1.2015–31.8.2016
Urgewald e. V. Z-5302
Ausbau der Informations- und Bildungsarbeit zu nachhaltigen Geldanlagen, u. a. durch Messebeteiligungen, Unterrichtsmaterialien und Beratungsangeboten. 85.548 €

BildungsBag und Fortbildungen „Global denken – anders essen“

Das Welthaus Bielefeld hat im Rahmen eines von unserer Stiftung geförderten Projekts BildungsBags zum Thema Ernährung herausgegeben, Taschen mit Lernmaterialien über unsere Ernährungsgewohnheiten, ihre (globalen) Folgen und über die Chancen einer anderen Ernährung. Dabei stehen spielerische Annäherungen und Reflektionen im Mittelpunkt. Die BildungsBags enthalten Materialien zu fünf Gruppenspielen, eine Bildkartei, fünf Poster, drei Film-DVDs sowie Meinungskarten und ein Puzzle. Hinzu kommen ein Beiheft (94 S.) mit Spiel- und Aktionsideen sowie eine Broschüre (80 S.) mit Unterrichtsmaterialien. Zielgruppe der BildungsBags: Klassen 7–11, Jugendliche von 12–17 Jahren sowie Seminargruppen. Ein BildungsBag kostet 50 Euro.



Ergänzend bietet das Welthaus Bielefeld an, vor Ort Lehrerfortbildungen und Multiplikatoren-Schulungen zum Thema Ernährung durchzuführen. Unsere Stiftung hat „Global denken – anders essen“ mit rd. 45.000 Euro unterstützt.

→ Weitere Informationen unter www.global-denken-anders-essen.de

Ausstellung Klima-Wandelt in Düsseldorf

Unsere Ausstellung zum Klimawandel ist vom 21. November bis zum 30. Januar in der Freiherr-vom-Stein-Realschule zu sehen, Färberstraße 40, wochentags von 8 bis 16 Uhr. Für Lehrkräfte, die einen Besuch mit ihren Klassen oder Kursen planen, stehen auf die Ausstellung bezogene Arbeitsblätter zur Verfügung.

→ Bei Schulklassen wird um Anmeldung unter Telefon 0211.89-98470 gebeten.



BundesUmweltWettbewerb 2014/2015 Vom Wissen zum nachhaltigen Handeln

Seit 1990 ermuntert der jährlich stattfindende BundesUmweltWettbewerb junge Menschen, den Ursachen von Umweltproblemen nachzugehen, nach Lösungen zu suchen und den Problemen wirksam entgegenzutreten. Beiträge können zu den Bereichen Naturschutz und Ökologie, Technik, Wirtschaft und Konsum, Politik, Gesundheit oder Kultur eingereicht werden. Zu gewinnen gibt es Geld- und Sachpreise in einem Gesamtwert von ca. 25.000 Euro.

Teilnehmen können bundesweit Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren. Dazu zählen Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender und berufsbildender Schulen, Jugendgruppen sowie Teilnehmer der Bundesfreiwilligendienste. Bewertet werden die Beiträge zum BundesUmweltWettbewerb in zwei Alterskategorien: BUW I (10- bis 16-Jährige) und BUW II (17- bis 20-Jährige). Einsendeschluss ist der 15. März 2015.

→ Weitere Informationen unter www.buw-home.de

Workshops der Stiftung Von Antrag bis Abrechnung

Unsere Workshop-Termine für 2015 stehen fest:
25. Februar, 19. Mai, 2. September, 9. Dezember

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in den Workshops beantworten. Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr.

→ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an marion.ostermann@sue-nrw.de Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.



Projektdoku und Materialien Big Five in NRW

Jugendliche für das Thema „Biodiversität vor Ort“ gewinnen: Das war die Zielsetzung des Projekts „Big Five – Eine Wissensjagd zur Biodiversität“ der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW. Big Five stand in Zeiten der Großwildjagd für die Tierarten Elefant, Nashorn, Büffel, Löwe und Leopard, beim LAG-Projekt ging es hingegen um heimische Tierarten. Bei „Biodiversitätstagen“ an Schulen wurden Informationen zu Lebensräumen und der Gefährdung von Arten in NRW vermittelt. Anschließend entwarfen die Jugendlichen Schutzkonzepte und diskutierten sie mit Akteuren aus Kommunalpolitik und Verwaltung. Unsere Stiftung hat „Big Five“ mit rund 80.000 Euro gefördert. Die Erfahrungen aus dem Projekt hat die LAG 21 jetzt in einer Dokumentation zusammengefasst, die durch Projektmaterialien ergänzt wird.

→ Download der Doku auf der Internetseite www.lag21.de. Bestellung von Doku und Materialien per Mail an info@lag21.de

Impressum

Ausgabe Dezember 2014 | ISSN 2196-9507



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im März 2015. Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de